rote garde★

Die Zeitschrift der revolutionären Jugend

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3



Kuriere haben kurze Beine

Vor ein paar Monaten waren Bildschirme und Illustrierte voll von ihnen. Voll von abgeschossenen US-Piloten, die aus vietnamesischer Gefangenschaft heimkehrten. Sie sahen gut genährt aus, die Herren Piloten – ganz im Gegensatz zu den Gefangenen, die vom Thieu-Regime freigelassen wurden –, zu gut genährt sogar für den Geschmack von Nixons Propagandisten. Denn halbverhungerte, ausgemergelte Helden hätten zweifellos die Kuriere der ganzen freien Welt zu antikommunistischen Höchstleistungen inspiriert. Na ja, aber man mußte halt mit dem zufrieden sein, was einem von den Vietnamesen so geliefert wurde.

Doch Nixon tat, was er konnte. Er ließ die Heimkehrer, bevor sie noch den Mund aufmachten, internieren – äh – zu einer längeren „medizinischen Untersuchung und Behandlung" in ein streng bewachtes Militärlager bringen. Dort kümmerten sich um sie die „Psychiater", und man stellte ihnen Auszeichnungen, höhere Dienstränge und ansehnliche Dollarbeträge in Aussicht. Gewissermaßen eine Gehirnwäsche auf amerikanisch. Und über all dem stand als stumme Drohung die Militärgerichtsbarkeit, denn nach dem Koreakrieg hatten sich bekanntlich zahlreiche US-Soldaten wegen „Zusammenarbeit mit dem Feind" zu verantworten, weil sie es gewagt hatten, die Politik ihres obersten Kriegsherrn zu kritisieren. Bei den Vietnam-Gefangenen kam außerdem noch eine Besonderheit hinzu: Es handelte sich hier fast ausschließlich um Flugzeugpiloten, also um Berufsoffiziere, deren weitere Karriere, ja deren wirtschaftliche Existenz vom Wohlwollen des Pentagons abhängt.

Da konnte es selbstverständlich nicht lange dauern, bis ein paar Piloten sich ganz plötzlich daran erinnerten, daß sie in Nordvietnam fürchterlich gefoltert worden waren. Wobei es ihnen nichts ausmachte, von ehrlicheren – und mutigeren – Kameraden als Lügner bezeichnet zu werden. Hauptsache, Nixons allerwestlichste Journaille hatte die erhoffte Gruselstory.

Den besten Gag lieferte jedoch ein gewisser Bobby Keesee, ein übereifriger Erzähler, der nicht bedachte, daß man auch zum Lügen Hirn braucht. Er „enthüllte" – wohl, um eine mögliche Wiederaufnahme des Bombenkrieges über Vietnam von vornherein zu rechtfertigen –, daß in der DRV entgegen den Bestimmungen des Waffenstillstands noch immer Gefangene festgehalten würden. Er selbst, Bobby Keesee, habe noch im März mit sieben Gefangenen gesprochen, die bis jetzt nicht freigelassen seien. Und er nannte Namen, darunter auch die zweier australischer Piloten. Doch das hätte er lieber nicht tun sollen, denn die neue australische Regierung macht bei Nixons Betrugsspiel nicht mehr mit; sie erklärte, daß ihr die genannten Piloten unbekannt seien. So erfuhr die Presse in aller Welt, daß der gute Bobby geschwindelt hatte. Auch der „Kurier" erfuhr davon, wie aus seiner kleingedruckten Meldung hervorgeht. Wie aber betitelt derselbe „Kurier" diese Meldung? Groß, auf Seite 1, steht folgendes: „Hanoi hat noch US-Gefangene".

Armer „unabhängiger Kurier". Sogar, wenn er eine Lüge berichtigt, muß er lügen. ●

Journaldienst der VRA: jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 13 bis 18 Uhr in Wien 20, Universumstraße 40. Telefon 33 87 774.

Diskussionen jeweils am Freitag ab 20 Uhr

rote garde★

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nr. 39 · Juni 1973

Wenn SPÖ-Funktionäre rot sind, dann hat das keine politischen Ursachen. Sie sind rot vor Zorn:

Kreiskys Demokraten

(Siehe unseren Bericht auf Seite 5)

Haben die Revisionisten »linke« Theorien?

Zusammenfassung einer Diskussion in der VRA Wien

Die Revisionisten betreiben nicht nur in bezug auf die Tagesfragen der Arbeiterklasse (Löhne, Preise usw.) Demagogie, sondern auch propagandistische Bauernfängerei. Sie versuchen insbesondere junge Menschen mit ihren scheinrevolutionären Phrasen zu fangen. So hielt kürzlich der Revisionist Ernst Wimmer bei einem Teach-in der KSV, des revisionistischen Studentenverbandes, einen Vortrag zu dem Thema: „Staatsmonopolistischer Kapitalismus in Österreich".

Vertuschung des Klassencharakters des bürgerlichen Staates

"Staatsmonopolistischer Kapitalismus", sagte Ernst Wimmer laut "Volksstimme" vom 17. 5., "ist jene Entwicklungsphase des Monopolkapitalismus, in der der Staat seine relative politische Selbständigkeit voll zur Organisierung des Kapitalverwertungs- und gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses einsetzt."

Wenn man von einer relativen Selbständigkeit des Staates spricht, so meint damit der Marxismus-Leninismus: Der Staat besitzt durch seine Organisation, seine Bürokratie, durch seinen sowohl von der Masse des Volkes als auch von den Ausbeutern verschiedenen Gewaltapparat eine relative Selbständigkeit, die es ihm auch ermöglicht, sich als über den Klassen stehend auszugeben. Der Staat ist aber Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die durch den Staat auch die politisch herrschende Klasse ist und so Mittel besitzt zur Niederhaltung und Unterdrückung der ausgebeuteten Klasse. Der Staat hält die Klassengegensätze im Zaum, indem er die Arbeiterklasse unterdrückt, während er gleichzeitig die Interessenkonflikte innerhalb der Bourgeoisie ausgleicht.

Wimmer stellt aber die "Selbständigkeit" auf den Kopf, denn der Staat soll angeblich den "Kapitalverwertungs- und gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß" organisieren. Dies stellt eine Vertuschung des Klassencharakters des Staates dar. Denn der staatsmonopolistische Kapitalismus ist Unterordnung des Staates unter die Monopole (sowohl in Form der "privaten" wie der Staatsmonopole) und der Staat kann nicht die Profitwirtschaft organisieren, sondern die Bourgeoisie bedient sich des Staates, damit dieser im Namen der ganzen Kapitalistenklasse jenes Kapital verwaltet, welches aufzubringen die Kräfte einzelner Kapitalisten oder selbst der Monopole übersteigt.

"Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum", wie Engels sagt, "hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der <u>einzelnen</u> Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus." (Friedrich Engels: "Anti-Dühring", Seite 369, Peking 1972: Unterstreichungen von d. Red.)

Ernst Wimmer trachtet aber danach, den Staat als über den Klassen stehend auszugeben und bemüht sich auch im weiteren darum, in ebenderselben revisionistischen Manier, dem staatlichen Kapital seinen Kapitalscharakter abzustreiten.

Das angeblich „nichtkapitalistische" Staatskapital

"Um überhaupt noch die Produktion auf kapitalistischer Grundlage aufrechterhalten zu können, müssen große Teile des gesellschaftlich verfügbaren Kapitals <u>entwertet</u>, das heißt (!), der privatkapitalistischen Verwertung entzogen werden...", sagt Herr Wimmer ("Volksstimme" vom 17. 5.). Das staatliche Kapital sei "entwertet", teilt er uns mit, d.h. es sei kein Kapital, keine Anhäufung von Mehrwert! Die Verwandlung in "Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte nicht auf", sagt jedoch Engels.

Aber Wimmers Nicht-Kapital im Staatseigentum ist trotzdem Kapital, und sogar Wimmer selbst spricht "vom dort (in der verstaatlichten Industrie - d.Red.) geschaffenen Mehrwert". Das staatliche Kapital besäße



Treu gedient

Wenn die Großparteien und die Massenmedien „Demokratie" spielen, dann dürfen natürlich auch die Revisionisten nicht fehlen

Regierung und „Opposition" haben sich wieder einmal mächtig ins Zeug gelegt, um dem gemeinen Volk zu zeigen, was Demokratie ist. Zum Thema Sternwartepark wurden so viele Tonnen Papier bedruckt, daß sich der beeindruckte (oder eher bedrückte?) Zuschauer sagen kann, es wurden ganze Wälder abgeholzt, um mit dem daraus gewonnenen Zeitungspapier ein paar Parkbäume zu retten. Wir wollen den Papiertonnen allerdings nicht noch einen weiteren Zentner hinzufügen, sondern uns schlicht auf die politische Seite der Angelegenheit beschränken. Denn was hier an Demagogie geboten wurde, das überragt wahrlich den langjährigen Durchschnitt.

Nehmen wir zuerst einmal die ÖVP. Nicht, weil diese Partei etwa allein den Sternwartepark zu einem Parkplatz der Demagogen gemacht hätte, sondern deshalb, weil ausgerechnet die ÖVP es war, die vor Jahren selbst den Bau des Zoologischen Instituts im Sternwartepark beschlossen hat. Damals freilich saß sie noch in den von einer absoluten Mehrheit gepolsterten Ministersesseln und kümmerte sich einen Schmarrn um die Meinung der Bevölkerung. Aber das bürgerliche Demokratie-Ringelspiel hat sich ja seither gedreht, und was die Regierung von gestern den Studenten hoch und heilig versprochen hatte, das verteufelte die „Opposition" von heute im Namen des Umweltschutzes. Nur die VP-nahe Hochschülerschaft konnte aus verständlichen Gründen keine Kehrtwendung machen und fand sich plötzlich in Koalition mit der nunmehrigen Regierungspartei SPÖ, welche jetzt ihrerseits zäh am Beschluß der damaligen VP-Regierung festhielt. (Kennst di no aus, lieber Leser?) Die „Kronen-Zeitung" dagegen, durch zarte BAWAG-Bande an die SPÖ geknüpft, wechselte wieder einmal die Freundschaften rascher als die Hemden und focht für eine saubere Umwelt — wahrscheinlich deshalb, weil ihre eigene Weste so sauber ist. Alles in allem bewies diese erheiternde Verwechslungskomödie jedoch, wie ernst man in einer bürgerlichen Demokratie den Gegensatz Regierung—Opposition nehmen darf.

Nur die ‚K'PÖ' wechselte nicht die Fronten; in unwandelbarer Nibelungentreue blieb sie an der Seite der Sozialdemokraten. Wobei die Hoffnung, endlich auch einmal zu den „Wahlsiegern" zu gehören — und sei es nur im Rahmen einer Volksbefragung —, diese Treueaktion besonders leicht machte. So unterstützten Muhri & Gen. freudig das Ja der SPÖ. Der Versuch, als Zünglein an der Waage die Abstimmung zu entscheiden, scheiterte allerdings kläglich. Die ‚K'PÖ' blieb vielmehr das, was sie schon seit langem ist. Das Zünglein am verlängerten Rükken der Regierungspartei. ●

Ein Witz, der auch auf „Volksstimme"-Redakteure zutrifft:

Drei sibirische Tiger liegen an einem einsamen Waldweg auf der Lauer. Sagt der erste: „Jetzt würde ich gern ein zartes Baby fressen." Der zweite meint: „... und ich ein knuspriges Mädchen." Da leckt sich der dritte schmatzend die Lippen: „Am besten wäre ein ‚Prawda'-Redakteur. Die sind immer so schön fett — und haben kein Rückgrat." ●

einzig und allein gewährleistet, daß die arbeitenden Menschen in den Besitz aller Produktionsmittel und des ganzen von ihnen selbst geschaffenen Reichtums gelangen und ihnen niemand mehr ihre Errungenschaften entreißen kann!

In der Diskussion auf dem Teach-in sprachen laut "Volksstimme" auch "einige ultralinke Studenten, die...keine andere konkrete Politik vertreten konnten" und die "schließlich die theoretischen Grundlagen, von denen die KPÖ in ihrer Politik ausgeht,...anerkennen" mußten. Wir wissen nicht, wen die "VS" mit diesen "ultralinken" meint, aber wirkliche Linke können nur ausgehen von den Ideen von Marx und Engels, dann werden sie den revisionistischen Plunder eines Wimmer, auch wenn er noch so demagogisch vorgebracht wird, widerlegen können. Denn es ist eine Tatsache: Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist. Deshalb ist der Sieg des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tsetungs, über den Revisionismus gewiß! ●

Wenn SPÖ-Funktionäre rot sind, dann hat das keine politischen Ursachen. Sie sind rot vor Zorn:

Kreiskys Demokraten

„In den drei Jahren der Kreisky-Regierung ist Österreich moderner geworden" oder gar „Versprochen und gehalten!" lügen uns die bunten SP-Plakate vor. Daß aber die Arbeiter diese Lügen zu durchschauen beginnen, weil sie den Betrug ja am eigenen Leib zu spüren bekommen, ist ein Signal für die großen und kleinen SP-Funktionäre: Die Arbeiter sollen schön brav weiter an Kreisky und daran glauben, daß er es doch gut mit ihnen meint. Auf keinen Fall dürfen sie noch mißtrauischer werden, als sie es jetzt ohnedies schon sind. Man hofft nämlich, sie weiterhin geschickt betrügen zu können.

Also versucht man, die Aufklärung über die wahre Bedeutung der SP-Politik möglichst zu unterdrücken. Wir hatten ein Flugblatt gedruckt und verteilten es vor unserer Mai-Kundgebung auf der Wiener Ringstraße. Auch ich, eine VRA-Genossin, war gegenüber unserem Standplatz am Verteilen.

Es ist am späten Vormittag, als eine Sektion des SP-Zuges halten muß. Wahrscheinlich eine Stauung vorne. So nehmen mir mehr SP-Wähler Blätter ab als sonst in der Eile des Vorübergehens. Eine Frau mit SP-Abzeichen tritt heran — eine Funktionärin, die sich über die „Maoisten" ärgert. Sie will mich wegschicken. Einem ebenfalls in der Nähe wartenden Funktionär wird aber die Diskussion, die sich zwischen mir und der Frau ergibt, zu lang. Fürchtet er, ich könnte sie davon überzeugen, daß auch in der Kreisky-Demokratie jeder das Recht haben sollte, seine Meinung zu sagen und zu schreiben?

Kurz, der Mensch stürzte herbei, rot vor Zorn, und mit „Her mit den Zetteln!" riß er mir meinen Stoß Blätter aus der Hand. Ich stellte ihn zur Rede; doch er war, wie ich gleich einsehen sollte, einer von denen, die genau wußten, daß mit unserem Flugblatt Kreiskys arbeiterfeindliche Politik aufgedeckt würde. Also kriegte ich die Blätter nicht, ich faßte sie zwar, er aber wollte weg damit. Wir sind inzwischen lauter geworden, die Leute um uns herum werden aufmerksam. Einige rufen: „Geben S' ihr die Zetteln zurück!" — „Laßt das Madl verteilen! Was ist das für eine Demokratie?" Der Wütende läßt sich jedoch nicht beeindrucken, er will mit den Flugblättern davon. Da kommt plötzlich ein älterer Mann herzu, will mir helfen und wird von einem aufgehetzten SPler angegriffen und niedergeworfen. Als einige junge Leute und ich ihm aufhelfen, sehen wir, daß er sich zwar die Haut an den Knöcheln zerschunden, aber glücklicherweise nicht ernsthaft verletzt hat. Eine Genossin, die ebenfalls Flugblätter verteilt, eilt herbei, streitet wie wir mit den paar wildgewordenen SP-Funktionären. Der Zug steht immer noch, mehr und mehr Leute werden aufmerksam. Einige sind dabei, die zu Boden gefallenen Flugblätter zu zerfetzen, aber viele, die im Zug mitgekommen sind, machen nicht mit. Sie sind eher verlegen, offenbar fühlen sie, daß da etwas nicht stimmen kann — aber sie sagen nichts.

Jetzt setzt sich die Menschenschlange wieder in Bewegung. Von den eben noch so aufgebrachten SPlern bemerkt man nichts mehr, sie marschieren wieder brav. Die anderen „Mitgeher" sind schweigsam. Etliche Flugblätter sind noch ganz geblieben und liegen auf der Straße. Als ich sie holen will, kommt mir gerade jemand zuvor: Zwei Leute aus dem Spalier heben sie auf und lesen das Impressum: VRA. Dann gehen sie zu unserem Stand und geben die Blätter ab. Ich stehe noch mit meiner Genossin auf der gegenüberliegenden Straßenseite und sehe die beiden in unseren Zeitschriften blättern.

Meiner Genossin werden jetzt unentwegt Flugzettel abverlangt: „Geben S' her, was steht denn da drauf?" — „Ich möcht doch wissen, was die so in Rage bringt." Während ich später an unserem Stand helfe, Literatur zu verkaufen, sehe ich noch ein paarmal Leute, die mir schon vor dem Zwischenfall aufgefallen waren. Sie sind wahrscheinlich durch den Zwischenfall an unserer Meinung interessiert worden und sagen sich wohl, daß es sicher nichts „Alltägliches" ist, was die SP-Funktionäre unter keinen Umständen von ihren Leuten gelesen wissen wollten.

Umso wichtiger ist es, die SP-Führung vor den Arbeitern zu entlarven, das Lügengeschwätz von den „gemeinsamen Interessen" der Unternehmer und Arbeiter, vom „Stillhalten zugunsten des gesunden Wirtschaftswachstums" und das betrügerische Gerede von einer angeblichen Mitbestimmung zu widerlegen. Den Arbeitern muß der Klassencharakter unserer Gesellschaftsordnung klar werden, damit sie für ihre eigenen Interessen kämpfen können.

H. W., Wien ●

folglich zweierlei diametral entgegengesetzte Eigenschaften: Es wäre Kapital, "Mehrwert heckender Wert" (Marx) und zugleich kein Kapital, da es ja angeblich entwertet sein soll! Das ist wirklich eine schöpferische Bereicherung des modernen Revisionismus durch Herrn Wimmer.

Was bezwecken aber die Revisionisten damit? Derartige Äußerungen über einen "besonderen" Charakter der verstaatlichten Industrie sind nicht neu. So liest man zum Beispiel in "Weg & Ziel" 4/71 in der Beilage "Die verstaatlichte Industrie an der Schwelle der siebziger Jahre" auf Seite 1o, daß das "staatsmonopolistische System...die österreichische verstaatlichte Industrie immer mehr als eines seiner Hauptwerkzeuge zur Festigung des Kapitalismus...mißbraucht."

Das kleine Wörtchen "mißbraucht" ist die revisionistische Eselsbrücke zu einer "besonderen Rolle" der verstaatlichten Industrie. Denn wenn etwas mißbraucht wird (und sich sogar durch einen zwiespältigen "Charakter" von Kapital und Nicht-Kapital auszeichnet), dann braucht sich nur wer zu finden (die "K"PÖ natürlich!), der die Verstaatlichte ihrem wahren Verwendungszweck zuführt, nämlich einer sogenannten "Rolle der verstaatlichten Industrie im Interesse der Arbeiterklasse" ("Volksstimme" vom 17. 5.).

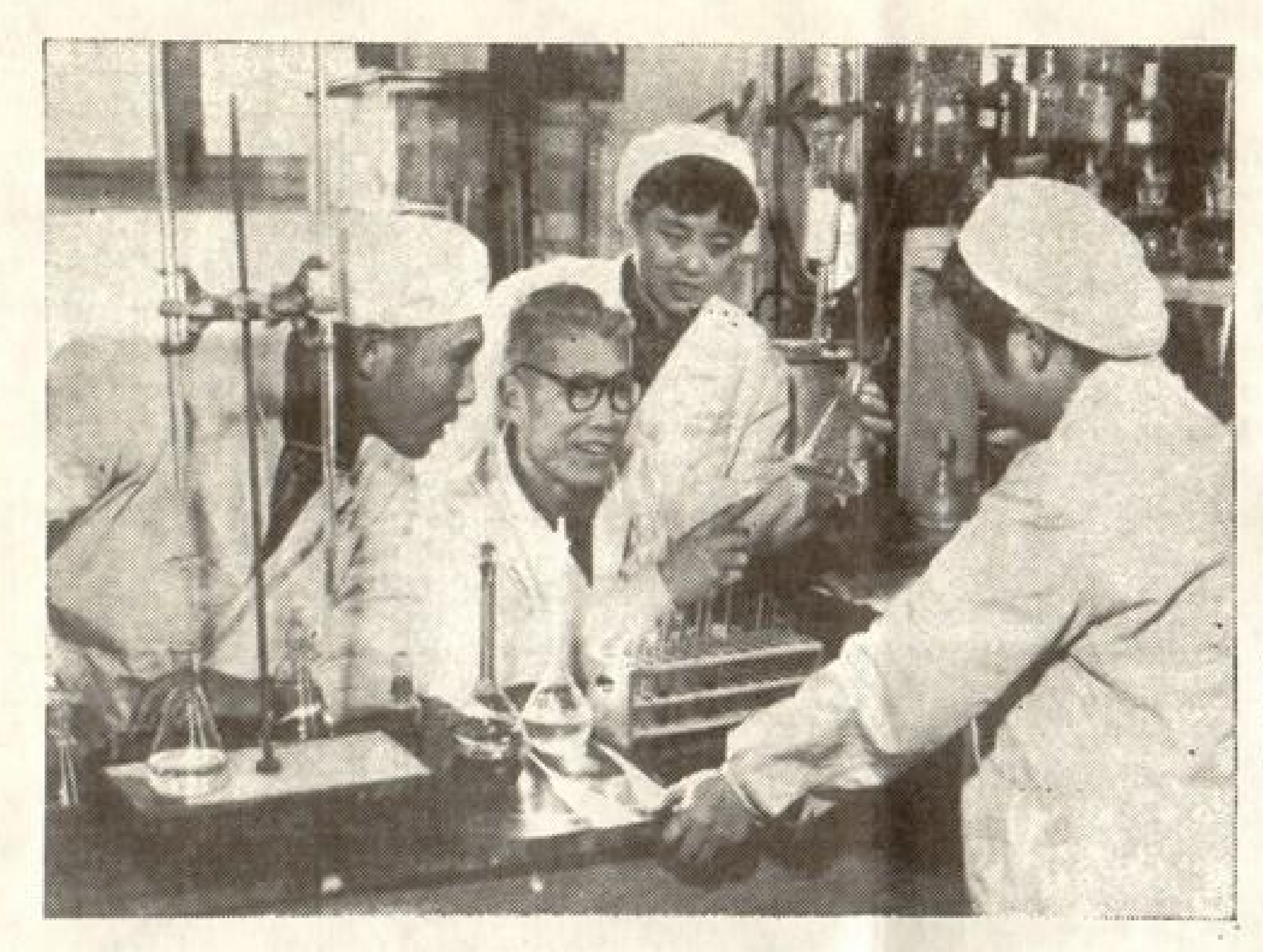
Die kapitalistische angebliche „Gemeinwirtschaft und der Sozialismus der „K"PÖ

Pittermann hat seinerzeit für die verstaatlichte Industrie den Ausdruck "Nationalindustrie" erfunden, um dem Volk weiszumachen, daß die verstaatlichten Betriebe nicht der den Staat beherrschenden Bourgeoisie allein, sondern der ganzen Nation, also auch der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen gehören. Was die Höchstädtplatz-Revisionisten daherreden, schlägt genau in die selbe Kerbe. Auch sie reden wie alle anderen bürgerlichen und rechtsgerichteten Politiker von "Nationalindustrie", "Gemeinwirtschaft" usw., um der verstaatlichten Industrie ein nichtkapitalistisches Mäntelchen umzuhängen und den Staat als über den Klassen stehend auszugeben.

Die sogenannte "neue Rolle der verstaatlichten Industrie im Interesse der Arbeiterklasse" bzw. die angeblich mögliche "fortschrittliche Funktion der verstaatlichten Industrie und der sonstigen staatlichen Bereiche, d.h. eine Funktion im Interesse der nationalen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Österreichs, des Kampfes um die Verteidigung und Erweiterung der (bürgerlichen!!!) Demokratie und zum Wohle der arbeitenden Menschen in Stadt und Land, kann nur durch bewußte (?) Kämpfe der Arbeiterschaft gegen die Feinde der verstaatlichten Industrie erreicht werden." ("Weg & Ziel 4/71, Beilage, S.6.) Was das alles heißen soll, außer der Unterordnung der Arbeiterklasse unter das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, darüber hat sich die "K"PÖ noch nicht ausgelassen, und die Bourgeoisie - laut "K"PÖ "Feind" der Verstaatlichten - wird sich hüten, Betriebe zu reprivatisieren, die ihr als verstaatlichte am besten nützen.

Der "Kampf" um eine angeblich progressive verstaatlichte Industrie steht laut "VS" vom 17. 5. in engem Zusammenhang mit dem "Kampf um eine qualitative Änderung des Charakters des Staates", die wiederum "eine mögliche politische Zwischen- und Durchgangsetappe auf dem Weg zum Sozialismus" sein soll. "Wozu brauchen wir die Diktatur des Proletariats? Wozu die sozialistische Revolution? Wählt Kommunisten ins Parlament, gebt der KPÖ möglichst viele Pöstchen und Ämter, dann werdet ihr eine 'qualitative' Änderung erleben", meinen die Revisionisten. Auf gut deutsch: Es bleibt alles beim alten, die Massen sind genauso rechtlos, genauso ausgebeutet wie zuvor, aber dafür sitzen neue Bonzen auf dem hohen Roß und dem Volk im Nacken!

Die arbeitenden Menschen werden aber nicht durch revisionistische "qualitative" Änderungen befreit. Sie können sich nur befreien, indem sie unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei (einer wirklich kommunistischen Partei auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tsetungs; diese Partei gibt es in Österreich nicht und es gilt sie zu schaffen) den Kapitalismus stürzen, den Staatsapparat der Kapitalisten zerschlagen und ihren eigenen Staat, die Diktatur des Proletariats, errichten. Diese Staatsmacht aber müssen sie sichern und dafür sorgen, daß sie niemals wieder in die Hände einer Ausbeuterschicht gelangt, möge sich letztere auch aus Abtrünnigen des Proletariats (wie in der heutigen Sowjetunion) zusammensetzen. Die politische Macht des Proletariats, gestützt auf die in den Händen des werktätigen Volkes befindlichen Waffen, ist es, die



Chinas Ärzte

wollen dem Volk dienen – und nicht an ihm verdienen

Vor der Befreiung des Bauernlandes China gab es für die Massen der Bevölkerung fast keine ärztliche Versorgung. Grausam unterdrückt lebte der Großteil der Bevölkerung in Armut und Elend. Die ausländischen Imperialisten und die Grundherren waren nur an ihrem eigenen Wohlergehen interessiert und nicht an der Gesundheit der von ihnen ausgebeuteten Werktätigen. Diphterie, Cholera, Pocken und andere Seuchen brachen von Zeit zu Zeit epidemieartig aus. Ganze Dörfer wurden oft von ihnen hinweggerafft.

Gab es überhaupt keine ärztliche Versorgung? Das nicht, aber die weniger als 6.000 modern ausgebildeten Ärzte lebten in den Städten und waren für die Bauern nicht erreichbar. Nicht zuletzt wegen der horrenden Honorare. Auf dem Lande gab es traditionelle Ärzte, die mit der altchinesischen Heilkunst vertraut waren. Sie konnten mit den modern ausgebildeten Ärzten natürlich nicht Schritt halten. Aber auch sie ließen sich ihre Dienste teuer zahlen. Leistete sich nun ein Bauer so einen Arzt, wurde er zum jahrelangen Schuldner. So waren die Bauern gezwungen, ihre Krankheiten selbst zu behandeln. Obwohl die Kenntnisse einfach waren und die Bauern weder lesen noch schreiben konnten, zeigten sie doch großes Geschick in der Behandlung von Krankheiten. Sie sind die Vorläufer der heutigen Bauernärzte der Volksrepublik.

Nachdem die Volksmassen ihre politische Macht errichtet hatten, ging die Volksregierung daran, die Gesundheitspolitik grundlegend umzugestalten. Ihre wichtigsten Prinzipien sind: Der Gesundheitsdienst soll vornehmlich dem Wohl der Werktätigen dienen. Die Verhütung von Krankheiten soll den Vorrang haben. Die traditionellen Ärzte und die modernen Ärzte sollen eng zusammenarbeiten. Wenn möglich, soll die Gesundheitsarbeit in Form von Massenkampagnen durchgeführt werden.

Die Massenkampagnen brachten das gesamte chinesische Volk auf die Beine, die Gesundheit zu schützen. Millionen von Menschen kämpften ausdauernd gegen die sogenannten "vier Pestilenzen" – Fliegen, Ratten, Wanzen und Moskitos. Diese Kampagne wurde ein großer Erfolg: In vielen Teilen des Landes konnten die Fliegen fast ganz ausgerottet werden.

Es wurde überall beharrliche Propaganda betrieben, das Volk für die neue Gesundheitspolitik "Rottet Krankheiten und Seuchen aus" zu begeistern und voranzutreiben. Die armen Bauern wurden über ihre Krankheiten aufgeklärt und so befähigt, die Initiative in die eigenen Hände zu nehmen.

Vorrang: Die Verhütung von Krankheiten

Die hervorstechendste Tatsache an dieser Politik ist die Voranstellung der vorbeugenden Maßnahmen. Hygiene fehlte vor der Befreiung ganz. Dem Volk mußten nun die Grundregeln zur Verhütung von Krankheiten und Seuchen in die Hand gegeben werden.

Die Massen zu mobilisieren, um die Krankheiten zu bekämpfen, ist die Politik der Partei im Gesundheitswesen.

Ein glänzendes Beispiel für den Erfolg dieser Massenlinie ist die Bekämpfung der Schistosomiasis.

Diese Krankheit wird durch Blutparasiten hervorgerufen. Sie forderte ungeheuere Zahlen an Menschenleben. Zur Ausrottung dieser Krankheit entschloß man sich, den Zwischenwirt zu vertilgen, den die Larven aufsuchen, um sich hier zu den Blutparasiten zu entwickeln. Dieser Zwischenwirt ist eine Schnecke, die in den Ufern fließender Gewässer lebt. Das chinesische Volk führte eine Kampagne durch: Zweimal jährlich, im März und August, ging die ganze bäuerliche Bevölkerung aller Kreise daran, diese Schnecke zu bekämpfen. Die Bauern wurden dabei von allen verfügbaren Soldaten, Studenten, Schülern und Büroarbeitern unterstützt. Es war notwendig, die Flüsse und Gräben zu entwässern und die Ufer abzugraben und zuletzt wieder zuzugraben. Die Kräfte werden dabei immer auf einen Hauptangriffspunkt gerichtet. So konnten nach und nach weite Gebiete von der Schnecke befreit werden.

Ein anderer Erfolg wurde mit der Ausrottung der Syphilis errungen. Vor der Befreiung hatten 20% der Kuomintangarmee Syphilis, eingeschleppt durch die Invasionstruppen. Mehr als 10 Millionen Syphilitiker gab es in China. Das Volk mußte aufgeklärt und gegen diese Krankheit mobilisiert werden. Heute ist die Syphilis in den meisten Gebieten völlig beseitigt. In ganz China aber ist sie unter sicherer Kontrolle.

Die wenigen Beispiele zeigen den Erfolg der sozialistischen Gesundheitspolitik, errungen durch die Massenlinie der Kommunistischen Partei Chinas unter der Führung Mao Tsetungs.

Auch heute und späterhin ist die Gesundheitskampagne ein fester Bestandteil des Kampfes gegen Krankheiten und Seuchen. Ihre Aufgaben aber haben sich erweitert, so daß Lebensmittelkontrollen, Wasser- und Abwässerkontrollen dazugehören.

Ärztliche Versorgung – sozialistisch durchgeführt

Wie erfolgt nun die ärztliche Versorgung? Da China ein Agrarland ist und vier Fünftel der Bevölkerung auf dem Lande leben, muß der Schwerpunkt auf die Dörfer gelegt werden. In den Städten sammelten sich mobile medizinische Teams und gingen aufs Land, um dort die medizinische Betreuung vorzunehmen. Diese Teams bestehen aus Freiwilligen. Die Normaldienstzeit beträgt ein Jahr. Allein in der nordöstlichen Provinz Hailungkiang verließen in den zwei ersten Jahren der Volksrepublik 8 400 medizinische Arbeiter die Städte, um auf dem Lande zu arbeiten.

Hier sollen diese beweglichen Teams gegen Krankheiten vorbeugend wirken und eingetretene Krankheiten behandeln. Doch auf



Medizinische Arbeiter betreuen die Angehörigen einer nationalen Minderheit

der Vorbeugung liegt das Hauptaugenmerk. Dabei nehmen Hygiene und Impfungen einen wichtigen Platz ein. Auch der Umweltschutz ist ein fester Bestandteil der Vorbeugungsmaßnahmen, obwohl die Industrialisierung in China noch nicht so fortgeschritten ist wie in den kapitalistischen Industrieländern. Bereits in einer früheren Nummer unserer Presse sprachen wir davon, daß chinesische Fabriken Wiederverwertungsabteilungen von Abfällen angeschlossen bekommen, und daß heute nicht weniger als 70% der Abwässer, Abgase und Schlacken wiederverwertet werden können. Auf diese Weise wird es in China nie eine solche Umweltverschmutzung wie in unseren Breiten geben, auch dann nicht, wenn China uns industriell eingeholt und überholt haben wird.

Chinesische Bauernärzte arbeiten auch auf den Feldern

Die Partei legte besonderen Nachdruck auf die Ausbildung von medizinischen Arbeitern unter den Bauern. Besonders befähigte Bauern wurden von den Kommunemitgliedern zum medizinischen Studium geschickt. Danach kehren sie als Ärzte in ihre Dörfer zurück.

China braucht noch viele Ärzte, aber es müssen Ärzte sein, die um das Wohl der Bevölkerung besorgt sind, und nicht, wie im Kapitalismus, durch Geld, Privilegien oder Klassenschranken vom Volk getrennt sind. Die Politik, Bauernärzte auszubilden, wird dieser Forderung gerecht, denn solche Ärzte leben mit der Bevölkerung zusammen, arbeiten auf den Feldern und leisten daneben noch ärztliche Hilfe. Sie bekommen den gleichen Lohn wie andere Kommunemitglieder.

Ihre Ausbildung geschieht in kurzen Lehrgängen, in denen die Theorie nicht von der Praxis getrennt wird. Eine zusätzliche Wissenserweiterung bringt die ständige Arztpraxis im Dorf.

Jede Produktionsbrigade hat sich zum Ziel gesetzt, einen sogenannten "barfüßigen Arzt", das ist ein bäuerlicher medizinischer Arbeiter, auszubilden. Das bedeutet, daß einige hunderttausend medizinische Arbeiter ausgebildet werden müssen, weil es in der Volksrepublik viele Tausende von Volkskommunen gibt.

Die Kosten für die medizinische Betreuung trägt der Staat. Die Medikamente sind fast kostenlos. Auf den Volkskommunen gibt es einen Fonds dafür. Die Bauernfamilien zahlen heute nicht mehr als einen Yuan (10 S) pro Jahr ein. Von dem Geld werden Medikamente, Ärzte und Krankenhäuser bezahlt. Zusätzlich sind die staatlichen Verkaufspreise für Medikamente im Herbst 1969 um rund 37% herabgesetzt worden.

Worin nun liegt der wichtigste Unterschied zwischen sozialistischer und kapitalistischer Gesundheitspolitik? Es ist vor allem eine Klassenfrage, wem die Medizin dient. Bei uns sind es eine Handvoll teurer Ärzte und profitgieriger Arzneimittelhersteller, denen die Medizin dient, und Kranke werden billig und schnell zusammengeflickt, um dem Kapitalisten wieder unterbezahlte Arbeitskraft sein zu können.

In China und im Sozialismus überhaupt aber steht der Mensch im Vordergrund. Die Medizin dient dem Volke. Ja, die Volksmassen selbst werden zu Bekämpfern der Krankheiten, wie die Kampagnen beweisen. Das Vertrauen in die eigenen Kräfte läßt Tausende von Bauern an Medizinkursen teilnehmen, läßt sie Medizin studieren, um in möglichst vielen Dörfern sofort zur Stelle sein zu können. Die Bevölkerung nimmt aktiv teil an einer echt sozialistischen Gesundheitspolitik, nämlich der Politik des Schutzes der Gesundheit, der Vorbeugung und der Ausrottung von Krankheiten.

Zur Diskussion:



Träumen die Arbeiter

wirklich nur vom Backhendl, vom neuen Wagen und vom Häuschen im Grünen?

Es mag wohl stimmen, daß es manchen Arbeiter gibt, der von Backhendl, Auto und Häuschen im Grünen träumt oder sich vom "Wohlstands"-Gefasel Kreiskys und seines Teams "einseifen" läßt. Doch gerade in letzter Zeit gelingt es den SP-Demagogen immer weniger, die Arbeiter mit ihrem "Schmäh" zu angeln, denn die harte Realität läßt uns keine Zeit mehr zum Träumen. Je mehr sich Regierung und Gewerkschaft auf den "Wohlfahrtsstaat" berufen und auf ihre "Verdienste" für die arbeitenden Menschen pochen, umso mehr entlarven sie sich bei den Arbeitern selbst. Das jedenfalls konnte ich in Gesprächen mit Kollegen und Freunden erfahren. Die Arbeiter erkennen mit jedem neuen Taschenspielertrick der Kapitalisten und ihrer Handlanger, der Regierung, dem Staatsapparat, den Massenmedien, den Parteien und den Gewerkschaftsbonzen, wie sehr sie an allen Ecken und Enden betrogen werden. Diese Erkenntnis und die daraus resultierende Unzufriedenheit drückt sich aber nicht nur in harmlosen Witzen über die Bonzen oder gar in Resignation aus, sondern die Arbeiter diskutieren sehr heftig darüber. Die Beispiele Judenburg, Bösendorf u.a. zeigen aber auch, daß die Arbeiter zu Kampfmaßnahmen (ohne und gegen die Gewerkschaft) bereit sind und diese zum Teil durchführen. Bei jedem gegebenen Anlaß, sei es im Betrieb, in der Straßenbahn oder bei privaten Zusammenkünften, kann man die Unzufriedenheit der Arbeiter hören. Natürlich sind Unzufriedenheit oder ökonomische Kämpfe allein kein Mittel, um die Lage der Arbeiter zu verbessern oder das kapitalistische Ausbeutungssystem zu stürzen, was ja die Voraussetzung für eine grundlegende Verbesserung der Lage des Proletariats ist. Aber gerade hier ist es die Aufgabe und Pflicht eines jeden ehrlich revolutionären Menschen, seinen Klassenbrüdern mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus die Zusammenhänge und Gründe dieser Betrügereien und des ganzen kapitalistischen Systems überhaupt zu erklären und aufzudecken. Ihnen zu zeigen, daß sie nur durch ihre eigene Kraft die herrschenden Zustände ändern können. Sie mit dem dialektischen Materialismus und dem Marxismus-Leninismus vertraut machen. Ihnen anhand der Beispiele, die sie selbst geben, erklären, daß sie einer Klasse, der unterdrückten und entrechteten Arbeiterklasse angehören und sie so zum Kampf gegen die herrschende Klasse führen.

Das ist selbstverständlich nur dann möglich, wenn man die Probleme und die daraus folgenden Forderungen der Arbeiter im Lichte des Marxismus-Leninismus untersucht, sie dadurch verallgemeinert, auf eine höhere Stufe hebt und sie wieder in die Massen der Arbeiterklasse hineinträgt. Denn die revolutionären Kader lernen es nur in ihrer eigenen Praxis, den Marxismus-Leninismus richtig zu verstehen und anzuwenden. Die Arbeitermassen können nur durch das richtige Verständnis und die Anwendung dieser Theorie in der Praxis ihrer Kämpfe bleibenden Erfolg haben.

M. W., Wien

Es ist richtig und notwendig, daß von der Redaktion manche Leserbeiträge mit Kommentaren versehen werden. Denn des öfteren sind solche Beiträge nicht ohne Problematik. Auch der Leser, welcher Beiträge an die Redaktion sendet, soll das Gefühl haben, an unserer Arbeit mitzuwirken, und daß er dabei auch lernen kann. Wir müssen ja die Leser unbedingt zur Mitarbeit ermutigen. Bei der Redaktionsbemerkung zum Leserbrief aus Tirol (Nr. 37) glaube ich aber, daß dieser Beitrag nicht ganz richtig kommentiert wurde.

Erstens hat A. M. klargestellt, daß er nicht alle Arbeiter meint und sich gerade deshalb mit uns in Verbindung setzt, weil er da eine Alternative sieht. Der Beitrag ist vielleicht problematisch, weil Polemik, Kritik und richtige Perspektive nicht

klar genug getrennt sind. (Das, was man dem Arbeiter einredet, was er denken soll und wie es dargestellt wird.) Dieser Beitrag soll polemisch gelesen werden.

Allerdings, gibt es nicht genug Arbeiter, die glauben, mit Überstundenschinderei, Nebenarbeit und anderem ihre "Traumwelt" schaffen zu können? Natürlich muß das alles letzten Endes Kartenhaus oder bunt schillernde Seifenblase bleiben. Es hält die Arbeiter aber recht wirksam vom Klassenkampf ab.

Die von der herrschenden Klasse besonders eifrig (und erfolgreich) geförderte Methode, Illusionen zu wecken, ist in den westlichen Bundesländern weit verbreitet in Anwendung zu sehen. Und es wird den Arbeitern auch eingeredet, daß der Marxismus-Leninismus angeblich nur für Studenten gut wäre und so weiter. So hat A. M. nichts anderes getan, als aufgezeigt, "wie es ist", wie raffiniert das gemacht wird, wie ungeheuer der ganze Betrug und auch der Schaden für die Arbeiterklasse ist.

Und sein Schluß zeigt ja den einzig möglichen Ausweg auf. Der Arbeiter, nach wie vor doch nichts anderes als abhängig, unmündig erklärt, Eigentum des Herrn Kapitalisten, wird und muß auf Grund der Entwicklung und Erfahrung doch wieder zu der Überlegung kommen: Für was und für wen das alles? Wie ändern, mit wem kämpfen, um sich zu befreien? Zumindest sehe ich den Beitrag von A. M. so.

M. F., Vorarlberg ●

Unsere Literatur

Die verschärfte Ausbeutung und die Mißstände in diesem Gesellschaftssystem führen dazu, daß viele junge Menschen einen Ausweg aus der kapitalistischen Misere suchen. Sie wollen ihre Lage verändern. Die herrschende Klasse hat seit Jahren versucht, die Rebellion der Jugend auf falsche Wege zu führen. Deshalb wurden immer wieder „Ideologen" und „Theorien" serviert, die für die Macht des Kapitals keine Gefahr darstellten. Heute ist unter der revolutionären Jugend aber das Bedürfnis vorherrschend, sich den Marxismus-Leninismus anzueignen. Dies zeigte sich unter anderem in den Erfolgen unserer Literaturkampagne. Unter anderem langten folgende Bestellungen ein:

Ich möchte folgende Angebote aus Ihrer Literaturliste bestellen:

Engels: "Anti-Dühring", Mao Tsetung: "Vier philosophische Monographien", Lenin: "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution".



Bitte schickt mir je zwei Bände der "Ausgewählten Werke" von Mao Tsetung Band I-IV und zwei Bände Lenin "Proletarische Revolution und der Renegat Kautsky".



Wir bitten für unseren Studienkreis um Zusendung folgender Broschüren und Bücher:

Vier Stk. "Staat und Revolution", sieben Stk. "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", sechs Stk. "Über die Grundlagen des Leninismus", sieben Stk. "Totaler Bankrott des modernen sowjetischen Revisionismus", zwei Stk. "Akupunktur-Anästhesie", drei Stk. "Nehmt frisches Blut vom Proletariat auf".



Bitte je ein Abonnement der "Peking Rundschau" für folgende vier Genossen...



Bitte senden sie mir folgende Publikationen: "Hof für die Pachteinnahme", Geographie Chinas", "Große Veränderungen in Tibet".

★

Liefern Sie mir bitte aus Ihrem Bücherangebot sämtliche Bände der "Ausgewählten Werke" von Mao Tsetung und fünf Stk. "Militärische Schriften".

★

Bestelle hiermit:

Ein Stk. "Anti-Dühring", zwei Stk. "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", drei Stk. "Über die Grundlagen des Leninismus", fünf Stk. "Die Arbeiterklasse muß bei allem die Führung übernehmen".



Bitte senden Sie mir Probeexemplare der "roten garde" und "Für die Volksmacht".

Diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Für uns ist sie der Beweis, daß die revolutionäre Bewegung in Österreich rasch wachsen wird, gemäß unserem Artikel in der Nummer 1 der „roten garde": „Marxismus-Leninismus ist der Wegweiser der revolutionären Jugend". ●

Israelische Soldaten – manche von ihnen in arabischen Uniformen, manche als Zivilisten verkleidet – richteten in Beirut ein Blutbad an:

Mörder unterwegs

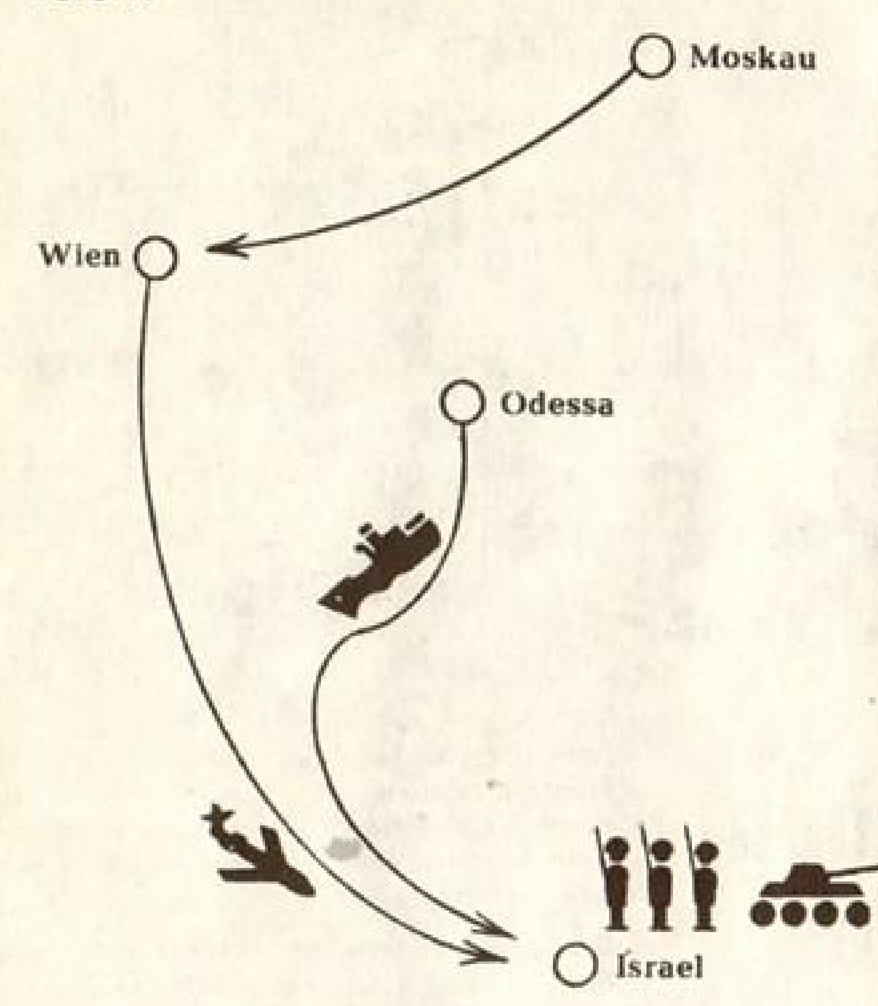


In der Nacht zum 1o. April 1973 setzten israelische Schnellboote am Strand von Beirut einen Terrortrupp an Land, dessen Angehörige man ohne Übertreibung als perfekt ausgebildete Mörder bezeichnen darf. Die Eindringlinge teilten sich in drei Gruppen und begannen ihren blutigen Auftrag in die Tat umzusetzen. Die erste Gruppe sprengte in der Ufernähe verschiedene Häuser, in denen kein einziger Palästinenser wohnte. Die beiden anderen Gruppen bestiegen bereitgestellte Personenwagen, welche rechtzeitig von CIA-Agenten beschafft wurden, fuhren in die Innenstadt und absolvierten ein schauerliches Gemetzel. Gruppe Nr. 2 beschoß das Gebäude, in dem die Zentrale der "Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas" residiert, wobei fünf Menschen ums Leben kamen. Konnte man dort noch aktiv Widerstand leisten, so zeigt die Handlungsweise der dritten Gruppe die absolute Gemeinheit und Heimtücke des gesamten Unternehmens in vollendeter Form. Ziel der letztgenannten Gruppierung war die Rue Verdun, wo drei prominente Führer der vertriebenen Palästinenser ihren Wohnsitz hatten. Alsbald drangen mehrere der Schergen in eines der Häuser ein, erschossen zwei Wachen, brachen gewaltsam die Tür zur Wohnung des stellvertretenden Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Abu Jussef auf und ermordeten nicht nur ihn, sondern zugleich seine Frau, beide zusammen im Bett. Das Ehepaar wurde im Schlaf überrascht, was den Vorwurf schäbigster Heimtücke wohl in jeder Beziehung rechtfertigt. Kamal Adwan (Mitglied des Exekutivkomitees der al-Fatah) lag ebenfalls im Bett und konnte sich keinen Augenblick zur Wehr setzen. Der offizielle Sprecher der PLO, Kamal Nasser, saß gerade an seinem Schreibtisch und wurde von Maschinenpistolengarben regelrecht durchsiebt. Auch er hatte nicht die geringste Verteidigungsmöglichkeit. Zum Abschluß des Massakers kam noch eine völlig unbeteiligte Italienerin vor die Gewehre, auch sie zählt zu den Toten. All dies geschehen am 1o. April 1973 in Beirut, Hauptstadt des kleinen und relativ schwachen Landes Libanon.

Die Regierung des sogenannten "Staates Israel" ist um entsprechende Begründungen, welche ihre zahlreichen Untaten tarnen sollen, noch nie verlegen gewesen, und seien sie auch noch so durchsichtig. So verweist sie mit konstanter Regelmäßigkeit auf bestimmte Aktionen der palästinensischen Befreiungsbewegungen. Wir wissen, daß Palästinenser auch terroristisch tätig sind und wir haben keineswegs vor, diese allgemein bekannte Tatsache zu bestreiten. Die bewußten Marxisten-Leninisten haben in keiner Weise mit ihrer Kritik zurückgehalten, wenn von dieser Seite zu sinnlosem Terror gegriffen wurde, wie z.B. in den Fällen München und Khartum. Es ist aber ebenso allgemein bekannt, daß die vertriebenen Palästinenser seit langem gezwungen sind, ihren Kampf zur Wiedergewinnung der angestammten Heimat in vielen Teilen der Welt zu führen. Dies sind jedoch Randerscheinungen. Es ist klar, daß die hauptsächlichsten Kampfstützpunkte der Palästinenser in arabischen Gebieten liegen, wie im Libanon. Dieses an und für sich logische Recht wird von den israelischen Vertretern unentwegt bestritten. So forderte der israelische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen, der Sicherheitsrat müsse Libanon gewissermaßen untersagen, als Ausgangsbasis für den palästinensischen Befreiungskampf zu dienen. Dagegen wandte sich der libanesische UNO-Botschafter Ghorra völlig folgerichtig mit der Aufforderung an Israel, den brutal vertriebenen Palästinensern die Rückkehr in ihre rechtmäßige Heimat zu gestatten, wenn es mit deren Anwesenheit im Libanon nicht einverstanden sei. Die Pekinger Zeitung "Renmin Ribao" wies die Erklärung Israels, es habe ein "Recht" zum Losschlagen gegen arabische Staaten, welche

Russisches Eisen für Israel

Das Menschenmaterial wird auf dem Umweg über Wien, das Roheisen direkt auf dem Seeweg geliefert:



Seit fünf Jahren hält Israel schon die Sinai-Halbinsel, die Golan-Höhen, den Gazastreifen und ganz Westjordanien besetzt und ist entschlossen, sich diese Gebiete einzuverleiben. Gleichzeitig betreiben die zionistischen Führer eine Politik des Terrors gegen die arabische Bevölkerung, denn, wie der israelische Kriegsminister sagte, „ganz ohne Verdrängung von Arabern ist es unmöglich, einen jüdischen Staat zu erhalten".

Um ihre Pläne durchführen zu können, brauchen die zionistischen Machthaber Nachschub in Form von Kriegsmaterial und in Form von Rohstoffen, um auch selbst Waffen herzustellen. Da aber ohne Menschen, die diese Waffen bedienen, die Aufrüstung sinnlos wäre, bedarf es auch menschlichen Nachschubs. Bisher war es so, daß die USA die Waffen und das Geld lieferten, während das Kanonenfutter aus der UdSSR kam.

In Zukunft jedoch wird Israel jährlich bis zu 250 000 Tonnen Roheisen aus der Sowjetunion beziehen. Das geschieht folgendermaßen: Das deutsche Stahlunternehmen Korff hat in der Sowjetunion ein Stahlwerk gebaut. Weil aber die neuen Zaren knapp an Devisen sind, bezahlt Breschnew statt mit Geld mit Roheisen. Da aber Korff selber mehr als genug eigenes Roheisen hat, ist das Unternehmen ausschließlich an Bargeld interessiert. Bargeld haben wiederum die Zionisten, denn die werden ja von den Vereinigten Staaten ausgiebig finanziert. So kommt Breschnews Roheisen nach Israel und der zionistische Staat bezahlt die russischen Schulden beim Stahlunternehmen Korff.

Da die Sowjetunion der Bannerträger des proletarischen Internationalismus sein will, so tut sie auch etwas für die sogenannten „Arbeiter"organisationen in Israel und arbeitet mit den dortigen Gewerkschaften eng zusammen. Die zionistischen Gewerkschaftsbonzen sind nämlich — wie die ÖGB-Führung — durch und durch Kapitalisten und besitzen selbst Fabriken, zum Beispiel das Stahlwerk KOOR. Dieses hat vor kurzem stolz mitgeteilt, daß es seine Stahlproduktion auf 200 000 Tonnen erhöhen wird. Das sei russischen Roheisenlieferungen zu verdanken, die auf dem Seeweg nach Israel kommen.

Dieses Beispiel zeigt wohl deutlich, daß die Sowjetunion den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes nicht nur nicht unterstützt, sondern im Gegenteil den Todfeinden der arabischen Völker aktiv Hilfe leistet. Der vorgebliche Antiimperialismus der Sowjetunion ist nur ein demagogischer Aufputz, der die Balgerei der russischen Imperialisten mit den anderen imperialistischen Mächten um die Erdölreserven des Nahen Ostens rechtfertigen soll. ●

Thieu will weitermorden

Die Politik der nationalen Eintracht und Versöhnung, die von der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Sudvietnam verfolgt wird, hat dazu geführt, daß viele Soldaten der Saigoner Marionettenregierung meutern und auf die Seite des Volkes überlaufen.

Ein Bataillon, das einen Stützpunkt im Dorf Tan Hoa errichten sollte (dieses Dorf stand beim Waffenstillstand unter der Kontrolle der Provisorischen Revolutionsregierung), erhob sich gegen die Kriegspolitik Thieus und verlangte, sofort aus dem befreiten Gebiet zurückgezogen zu werden. Zwei Kompanien dieses Bataillons weigerten sich, das Getreide der Bauern zu vernichten und desertierten.

Ein Zug der Saigoner Truppen leistete dem Befehl, im Dorf My Tho in einem befreiten Gebiet einen Stützpunkt zu errichten, erfolgreich Widerstand. Ein anderer Zug im Dorf Truong Phuoc zerstörte seinen Stützpunkt und lief auf die Seite der Befreiungsstreitkräfte über. Im Dorf Hau Thanh meuterte eine Batterie der Saigoner Artillerie und zerstörte fünf Geschütze und drei Munitionslager.

Im westlichen Nam Bo desertierten allein in den ersten zehn Tagen des Monats März hundert Saigoner Soldaten. ●

palästinensische Freiheitskämpfer beherbergen, zurück, und bemerkte in diesem Zusammenhang: "Dies ist die Höhe der Arroganz. Jedermann weiß, daß das palästinensische Volk von den Zionisten aus seinem Heimatland vertrieben worden ist. Unter diesen Umständen ist es nur vollkommen gerecht für das palästinensische Volk, von anderen arabischen Gebieten aus mit der Unterstützung brüderlicher arabischer Völker für die Wiederherstellung seiner nationalen Rechte zu kämpfen". Dieses Zitat gibt ohne jede Zweideutigkeit die Einstellung aller Marxisten-Leninisten der Erde wieder.

Man muß sich ernsthaft die Frage stellen, woher die zionistischen Faschisten die Dreistigkeit zu solch kriminellem Vorgehen wie in Beirut nehmen. Dazu nochmals die "Renmin Ribao": "Es ist kein Zufall, daß die israelischen Zionisten es wagen, ein solches Verbrechen zu begehen. Es ist allen klar, daß die eine Supermacht ununterbrochen Waffen und Geld nach Israel schickt, während die andere Supermacht es unablässig mit Menschen zur Rekrutierung als Truppen und sogar mit technischen Spezialisten in der Form von Emigranten versorgt." Unnötig zu bemerken, daß damit die bekannte Komplizenschaft der USA-Imperialisten und der Moskauer modernen Revisionisten gemeint ist.

Wie stellt sich die faschistische Führung Israels die Lösung des Problems der vertriebenen Palästinenser vor? Eine kürzlich abgehaltene Debatte des obersten Gremiums der regierenden sogenannten israelischen "Arbeiterpartei" gibt darüber Auskunft. Die Ministerpräsidentin Golda Meir meinte dort laut "SZ" vom 14./15. April 1973: "Ihre nationale Vertretung können die palästinensischen Araber am besten in einem jordanischen Staat finden, wo die Regierung und Gesetzgebung ohnehin zur Hälfte palästinensisch sind". Eine größere Verhöhnung ist nur schwer vorstellbar! Die Palästinenser sollen sich ausgerechnet jenem verhaßten Haschemiten-Regime unterstellen, welches für die Ermordung von nicht weniger als 20.000 ihrer Landsleute verantwortlich zeichnet. Gewiß gibt es in Amman Regierungsmitglieder, welche aus Palästina stammen. Daß aber diese schon längst zu Verrätern an der alten Heimat wurden, ist genauso unbestreitbar.

Wieso die Gesetzgebung in Jordanien zur Hälfte palästinensisch sein sollte, bleibt unerfindlich. Sie entspricht vielmehr den Wünschen und Eingebungen eines durch und durch tyrannischen Königs und seiner Vertrauten. Doch aus ihrer Sicht hat Frau Meir schon recht: Hussein II. wäre als uneingeschränkter Herrscher über alle Palästinenser ein vorzüglicher Garant für die Existenz Israels, zu dessen Verbündetem er seit langem herabgesunken ist.

Kriegsminister Dayan fragte vor dem selben Forum: "Endet Zionismus an der grünen Grenze?" Seine Antwort lautet mit Entschiedenheit: Nein! Dies kann einerseits nur als Ankündigung der juristischen Annexion der besetzten Gebiete gewertet werden, nachdem sie praktisch schon Tatsache ist. Andererseits will man sich die Möglichkeit einer noch weitergehenden Annexion arabischer Gebiete offenhalten. Wer möchte behaupten, daß dann der Zionismus an den Grenzen eines Großisrael enden würde? So gibt es in Tel Aviv und Jerusalem einflußreiche Kräfte, die das gesamte Jordanien Israel einverleiben möchten. Würde das Konzept der israelischen Regierungschefin zur Tatsache, wie lange würde es wohl dauern, bis die Palästinenser auch aus Jordanien vertrieben würden, einschließlich ihrer jordanischen Brüder? Kabinettsminister Galili beschwerte sich, daß ihm die jüdische Besiedlung der besetzten arabischen Gebiete zu langsam ginge. Dabei erklärt die Ministerpräsidentin selbst, daß seit 1967 immerhin 45 jüdische Ansiedlungen in den besetzten arabischen Territorien entstanden sind. Wenn man damit keine vollendeten Tatsachen schaffen will, was dann?

Der Kriegsminister schließlich sprach folgende Wahrheit aus, was nicht alle Tage vorkommt: "Ganz ohne Verdrängung der Araber sei es unmöglich, einen jüdischen Staat zu erhalten. Arabisch-jüdische Koexistenz (!) sei nur unter Aufsicht der Armee möglich." Ist das blanker Faschismus oder nicht? Daß sich die Palästinenser gegen derartige Machenschaften wehren, daß sie mit der Waffe in der Hand um die Befreiung ihrer ureigensten Heimat kämpfen, kann nur von totalen Ignoranten als "Verbrechen" hingestellt werden.

Sollte die israelische Regierung ernsthaft glauben, daß sie mit der Ermordung der drei PLO-Führer den gerechten Befreiungskampf der Palästinenser unwirksam machen oder auch nur im geringsten hemmen könnte, dann erliegt sie einem schweren Irrtum. Mit Bestimmtheit wird sich das volle Gegenteil erweisen, so wie es Jassir Arafat bereits angekündigt hat.

F.P., Westdeutschland ●